

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40629, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Feilzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 48.

Dienstag, den 26. Februar 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Sozialdemokratie und die Monarchie.

Die Verhältnisse in Deutschland sind nun zwar nicht gerade geeignet, dem System der Monarchie neue Freunde zuzuführen bezw. es zu befestigen, aber es geht nicht recht viel um das, was nicht in den Verhältnissen wurzelt, nicht aus eigener Überzeugung quillt, auf künstliche Weise zu erreichen. Es gibt auch noch Leute genug, die kritisch sagen: einen Kaiser oder König hat es doch immer gegeben und den werden wir auch in Zukunft nicht entbehren können. „Weil ihr Sozialdemokraten keinen Kaiser oder König wollt“, so fahren sie fort, „deshalb können wir uns auch nicht an schließen, obwohl wir sonst mit euch fast überall einverstanden sind.“

Was wir wollen, das spielt hierbei zunächst keine Rolle. Wir ziehen auch hier das Ergebnis aus der Jahrhunderte langen Entwicklung und tun das, was wir müssen. In unserem Parteiprogramm ist weder von einer Monarchie noch von einer Republik, weder von einem Kaiser noch von einem Präsidenten die Rede.

Wie mit der Beilegung irgend eines Monarchen man auch zugleich die Monarchie, die Einrichtung des Kaisers oder Königtums verabschiedet, so verabschieden mit der Beilegung der Monarchie nicht zugleich die inneren staatlichen Einrichtungen. Das beste Beispiel haben wir ja in Frankreich. Dort besteht eine Republik, aber werden die Arbeiter nicht dort gerade so gut ausgebeutet wie bei uns? Gibt es dort nicht gleichfalls Kinderausbeutung in der schrecklichsten Form und daneben Arbeitslosigkeit unter den Gewachsenen, Hungerlöhne, Not und Elend in Hülle und Fülle? Ganz bestimmt, denn es sind nicht die Könige und Präsidenten, welche den Arbeitern Arbeit anweisen und den Lohn bestimmen, sondern die Kapitalisten, diejenigen, welche über die Fabriken und Werkstätten, über die Bergwerke und das Ackerland verfügen.

Die Kapitalisten sind heute die wirklichen Herrscher, in Monarchien so gut wie in Republiken. Das hat auch einmal ein preussischer Minister anerkannt durch folgende Worte, die er den Großindustriellen zurief: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie.“ Dem Abgeordneten Debel gab das Veranlassung, die Minister als die Kommissar der herrschenden Klasse zu bezeichnen.

Die Frage kann also nicht lauten: Ob wir die Monarchie abschaffen wollen, sondern sie muß lauten: Wo sollen wir die kapitalistische Mißwirtschaft mit allen Schrecken beibehalten? Die Antwort muß natürlich Nein lauten. Wir Sozialdemokraten wollen allerdings einen Thron stürzen, und das ist der des Königs Mammon. Was dann werden wird, wenn dies geschehen ist, ob es dann noch einen Kaiser, König, Herzog oder Präsidenten gibt, und ob es dann noch Personen gibt, welche nach einer solchen Würde überhaupt trachten, das alles kann uns heute ziemlich gleichgültig sein. Denn aber, welche glauben, es sei immer so gewesen, wie es heute ist, und es werde daher auch immer so bleiben, sei folgendes zum Nachdenken mit auf den Weg gegeben:

Das deutsche Wort König hat eine ganz andere Bedeutung als seine orientalischen Vorgänger. Die alten Völker hatten ihren Entwicklungsstadium entsprechend fast gleichartige Verfassungen. Sie waren nach Stammesgenossenschaften organisiert. Nach der Bibel war bei den Israeliten Saul der erste König, bis dahin war das Land keine Monarchie. Die sichersten Beweise über die Einrichtungen der Alten haben wir in der Geschichte der Griechen. Welche Bedeutung die Könige im Altertum hatten, das schildert Vogt in seiner illustrierten Weltgeschichte in folgender Weise: „Die letzte, von allen Geschichtsschreibern fast ausnahmslos viel zu sehr betonte öffentliche Gewalt bildete der Basileus, dem man in den meisten Fällen einen modernen Monarchen oder König untergeschoben hat, dies ist durchaus falsch, indem nicht die geringste Ähnlichkeit zwischen dem Basileus der alten Athener und dem modernen Königtum besteht. Der Basileus hat gar keine bürgerlichen oder verwaltenden Befugnisse, er war lediglich oberster Heerführer innerhalb eines Stammes und übte außerdem noch gewisse priesterliche und richterliche Funktionen aus. Ja selbst nicht einmal im Heere ist er ein König in unserem Sinne. Allein hat er gar nichts zu bestimmen, er ist stets durch die Volksversammlung eingeschränkt und immer an den Rat der Ältesten gebunden, auch ist das Amt des Basileus nicht erblich, es ist und bleibt ein Wahlamt.“

Die alten Deutschen hatten dieselben Verhältnisse. Erst mit dem römischen Tyrannen Julius Cäsar, 100 Jahre vor Chr., gab es eine Änderung, doch zunächst nur für das römische Reich. Von Cäsar stammt der Name Kaiser und Zar.

So sehen wir, daß die Träger der angeblich „geheiligten Institution“, wie der Bibelgläubige die Monarchie nennt, ebendies nur um die Kriegsführung zu kümmern hatten. Aber die sonstigen Angelegenheiten des Volkes hatte er fast gänzlich zu gebieten, darüber entschied das Volk selbst durch seine Volksversammlungen.

In demselben Maße als sich das Privateigentum ausbildete, wechselte auch die Stellung der Könige, und in demselben Maße als der Privatbesitz zunahm, wurde auch die Macht der Könige stärker, bis zum Absolutismus, zur Selbstherrschschaft.

Damit hatte die Monarchie ihren Höhepunkt erreicht. Demselben Privateigentum, das sie hoch gebracht, wurde die absolute Monarchie nun unbenommen.

Die technisch wirtschaftliche Revolution, die hier dank der Erfindungen des vollzog, schuf Verhältnisse in Industrie und Handel, die die starre Staatsverfassung der absoluten Monarchie nicht mehr gebrauchen konnte. Das kapitalistische Bürgertum schlang sich zur Herrschaft auf und benutzte nun das Königtum zum Schutze seiner bevorrechtigten Stellung und zur Unterdrückung der Arbeiter. So entstand der heutige Zustand.

Freilich vollzog sich die Entwicklung nicht so von heute auf morgen und auch nicht von selbst. Diejenigen, welche die Notwendigkeit des Neuen begriffen haben, kämpften dafür. Und so müssen auch die Arbeiter unablässig dafür kämpfen, was sie als notwendig erkannt haben und das die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht durch die sozialistische ersetzt werden.

In Deutschland ist das Bürgertum nicht im Selbstherrschertum gekommen wie in Frankreich und England. Wir haben hier den Beweis dafür, wie auch heute die Monarchien durchaus verschiedene Grade aufweisen. In England hütet sich der Monarch, in die politische Arena zu treten. Dort liegt die Macht der Regierung in dem Parlament, in der Volksvertretung. Entschieden in wichtigen Fragen die Volksvertretung gegen die Regierung, so weiß diese, daß ihre Zeit gekommen ist, zurückzutreten. Und das tut sie dann ähnlich so steht es in anderen Monarchien, so in Belgien und Italien. In diesen Ländern kennt man auch keine Majestätsbeleidigungsprozesse!

In Deutschland zog es das Bürgertum vor, sich mit dem Junkertum in die Herrschaft zu teilen. Im Laufe der Entwicklung kam aber dabei das Bürgertum immer mehr ins Hintertreffen, und seit der letzten Reichstagswahl ist es völlig unter den Junkerschlitten geraten. Durch die jammervolle Haltung des liberalen Bürgertums ist Deutschland in der politischen Entwicklung gegenüber den anderen Kulturstaaten total zurückgefallen und eine neue Feudalherrschaft, die den Brot- und Fleischwucher als höchstes Sittengesetz stipuliert, ist entstanden.

Ein solcher Zustand kann dem deutschen Volke schwere Wunden schlagen, aber er kann trotz alledem und alledem der notwendigen Entwicklung nicht ein Halt gebieten. Dafür wird sorgen

die „niedergerettene“ Sozialdemokratie!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Etat. Der Reichstag begann am Montag die erste Lesung des Etats. Die oberen Zehntausend von Berlin hatten sich in Scharen zu der Premiere eingefunden. Die Vorstellung wurde eröffnet durch eine entleglich öde und langweilige Rede des Reichschatzsekretärs. Die Regierung will vorläufig von neuen Steuern absehen. Bezeichnend waren die Klagen des Herrn v. Stengel über die sozialpolitischen Verhältnisse, Klagen, die auf der Rechten verständnisvollen Widerhall fanden. Dann sprach als erster Redner aus dem Hause Herr Spahn vom Zentrum. Er schlug oppositionelle Töne an, sorgte aber dafür, daß die Melodie den lieben Konservativen nicht gar zu unangenehm in die feudalen Ohren klang. So erinnerte er an die traute Waffengemeinschaft beim Zolltarif und bei der famosen Finanzreform. Einen breiten Raum in den Spahn'schen Ausführungen nahmen bewegliche und nicht unbegründete Klagen über die Unabbarkeit des Reichsfanzlers ein. Hier auf sprach als personifizierte Paarung konservativen und liberalen Geistes Schöndorfer Bassermann. Seine Rede lief auf eine Jubelhymne über den „Sieg des nationalen Bürgertums“ heraus. Nebenbei verlangte er ein bischen Sozialpolitik, die aber mit Zinnsklerei gepaart sein soll. Mit wahrhaft christlicher Uneigennützigkeit nahm er den Flottenverein in Schutz, dessen Keim doch auch ihn angereizt hatte. Und nun kam die Glanznummer. Er selbst, der Nacht- und Straßenvorredner Bülow. Er leitete seine Rede mit dem schönen Eingeständnis ein, daß er, bevor er als konservativ-liberaler Paarmannsprödiger auftrat, geheime Teufelmechel zwischen dem Zentrum und dem neugeborenen Kolonialdirektor unter höchst seinen Schutz genommen habe. Dann aber, als das Zentrum nicht auf dem Regierungskreis froch, hat er mit blutenden Herzen vom Rechte der Reichstagsauflösung Gebrauch gemacht. Wenn das Zentrum nicht hübsch artig lüscheln wird und sich wieder befallen läßt, die verfluchten Sozialdemokraten in der Stichwahl zu unterstützen, so wird in künftigen Wahlkämpfen die bonapartistische Beeinflussungspolitik noch ganz anders geschwungen werden. Auf diese Strapredigt folgte als heiteres Ende der Vorstellung ein anmutiger Gierkatz, indem der Kanzler unter dem abwechselnden Beifall der Rechten und der Linken alles das aufzählte, was er einerseits für die Landwirtschaft, andererseits für die wahlverbündete Börse Gutes im Schilde führt. Am Dienstag geht die Beratung weiter.

Die „nationale Mehrheit“. Allmählich dämmert es auch den Liberalen auf, daß ihr Jubel über die „nationale Mehrheit“ im Reichstage vollständig deplaziert war. So lesen wir im „Berl. Tagebl.“:

Die „nationale Mehrheit“ zwang dem neuen Reichstage ihren Stempel auf. Wenn man will, hat sie ihren ersten Sieg erfochten. Nur darf man einen solchen Erfolg nicht überhätzen; er beweist zunächst nur, daß die Wahlen insofern eine Verschiebung gebracht haben,

als sie die Mehrheit des H. T. in der Minderheit verwendet haben. Es beweist aber noch nicht im geringsten, daß die nationale Mehrheit nun auch positive Politik machen kann. Und die Aussichten, daß die konservativen liberalen Parteien, in der Nähe Bülow'scher maßloses politisches Ideal erblickt, geringen können, ist vorläufig noch recht gering. Die Konservativen wagen sich nur sehr langsam nach ihren alten Aesonen vom Zentrum aus, mit denen sie so bequemer reaktionärer Weltanschauung und Kulturpolitik machen ließ. Sie haben gar keine Zeit, um auf einmal sich für eine Reform der Verfassungsgebung zu begeistern oder mit den Vereinigten Staaten von Amerika ihren Handelsvertrag abzuschließen oder die etwa notwendig werdenden finanziellen Mehrforderungen des Reiches auf direktem Wege zu decken oder auf die gewaltigen Vermögensgaben zu verzichten, oder sonst etwas am der reaktionären Art preiszugeben.

Die Liberalen wieder können keinen Augenblick daran denken, um auf einmal die wirtschaftlichen und kulturellen Grundzüge preiszugeben und um der schönen Augen des vierten Kanzlers willen jetzt der Reaktion die Lehre zu tragen. Sie würden sich um jeden Kredit im Lande bringen, wollten sie jetzt, wo die Regierung auf ihre Unterstützung angewiesen ist, nicht erst recht darauf dringen, daß wenigstens ein Teil ihrer alten Forderungen erfüllt wird. Dazu gehört vor allen Dingen, daß endlich die ungerichte Wahlkreiseinteilung, gemäß der Bevölkerungsverschiebung ummachtet wird, daß also die großen Städte diejenige Vertretung im Reichstage bekommen, die ihnen schon nach der Zahl ihrer Bevölkerung und noch viel mehr nach ihrem wirtschaftlichen Einflusse gebührt. Dazu gehört weiter, daß der Reichstag seine verfassungsmäßigen Rechte besser hütet als bisher und sie in der Richtung eines parlamentarischen Regimes auszugestalten sucht. Endlich aber ist es gar nicht anders möglich, als daß der Reichstag auch auf ein freihändliches und konstitutionelles Regime in den Einzelstaaten, besonders in Preußen hindrängt, weil hier die eigentlichen Grundbedingungen für jeden gesunden Fortschritt liegen.

In dem Artikel wird dann auseinandergesetzt, daß zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie enge Berührungspunkte vorhanden seien. Trotzdem aber wird der Liberalismus auch im Reichstage in manchen Punkten mit der Reaktion durch Dick und Dünn marschieren.

Flotten-Keim will, wie sein Rechtsanwält mittelst, gegen die „Germania“ und den „Bayerischen Kurier“ wegen der bekannten Angelegenheit klagen werden. Der Prozeß wird, wenn er in der Tat angestrengt und durchgeführt werden sollte, äußerst interessant werden.

Die Unterwerfung der Bondelzwarts. Das zwischen Oberleutnant v. Esch und den Bondelzwarts-Hottentotten mit Zustimmung des Oberst v. Deimling abgeschlossene Unterwerfungsabkommen vom 23. Dezember 1906 hat folgenden Inhalt: 1. Die Bondelzwarts-Hottentotten unterwerfen sich der deutschen Regierung und erkennen deren Herrschaft an. Sie geben das Versprechen ab, fortan treue und gehorsame Untertanen zu sein. 2. Die Bondelzwarts-Hottentotten liefern alle Gewehre und die noch in ihren Händen befindliche Munition ab. In Zukunft dürfen sie weder Gewehre noch Munition führen. 3. Zu Jagdwecken können ihnen jedoch auf einige Tage von den Aufsichtsorganen einige Gewehre leihweise überlassen werden. 4. Die Bondelzwarts erhalten zur Ansiedelung die Plätze Warmbad, Haib, Cobie Draht und Bortel. Die Bondelzwarts sollen auf ihren Plätzen als freie Männer leben. Freie Bewegung innerhalb der Plätze ist ihnen gestattet. Nach außerhalb dürfen sie nur mit Paß gehen. Von den ihnen überwiesenen Plätzen dürfen sie ohne Genehmigung weder etwas verkaufen noch verpachten. 5. Zum Lebensunterhalt erhalten die Bondelzwarts 1500 Vorkies (Ziegen und Schafe), hauptsächlich Muttervieh, das bei Bestellung von Zurückkehrenden entsprechend nachzuliefern ist. Der Kapitän der Bondelzwarts erhält etwa 300 Stück Kleinvieh und ein Gespann Ochsen. Die 1500 Vorkies bleiben Eigentum der Regierung. Der Nachwuchs gehört den Bondelzwarts. Das dem Kapitän überwiesene Gespann Ochsen ist nach und nach vom Ertragnis des Frachtfahrers abzuzahlen. Die 300 Stück Kleinvieh sind freies Eigentum des Kapitäns. Bis das Vieh hingedrängt worden ist und so lange die Bondelzwarts sich noch nicht selbst ernähren können, bekommen sie Verpflegung von der Regierung. 6. Von der Regierung wird sofort bei der Kaperegierung die Rückkehr der noch auf englischem Gebiet befindlichen Männer, Weiber und Kinder verlangt werden. 7. Die vorstehende Abmachung wird auf alle Bondelzwarts, welche sich noch stellen wollen, ausgedehnt, z. B. Morris, Josef Christian mit Anhang, aber auch diese müssen ihre Gewehre abgeben. 8. Für die Bondelzwarts wird ein Offizier oder ein Beamter — vorerst Graf Ragenet — bestimmt, der ihre Interessen vertreten soll und an den sie sich in allen Fragen wenden können. — Wir hegen starke Zweifel, daß dieses Abkommen geeignet ist, Ruhe und Frieden in den deutschen Kolonien auf die Dauer herzustellen.

Eine politische Herrgotts-Rede. Nach sehr knappen Andeutungen verschiedener Blätter hat bei dem vor Eröffnung des Reichstages abgehaltenen evangelischen Gottesdienste der Hofprediger Faber eine politische Rede gehalten, über die wohl die „Deutsche Tageszeitung“ sich mißfällig geäußert hat. Wie jetzt aus einem Artikel des Abgeordneten Dr. Naumann in der „Neckar-Zeitung“ zu ersehen ist, hat vor

prebiger Faber u. a. davon gesprochen, daß die letzte Reichstagswahl ein „Werk Gottes“ gewesen ist. In der Reichstagswahl „hörte man die Stimme Gottes“. Gott habe unsere deutsche Art gern, das deutsche Volk sei der Träger einer Gottesidee, die deutsche Art sei durch die Reichstagswahlen wieder hervorgekommen, das Volk sollte errettet werden von dunklen Mächten. „Es sollte überhaupt im Reichstag nur staatserhaltende Gruppen geben, die wie ein Mann dem Ganzen des Reiches folgen. Dann können wir das weltliche Gott überlassen.“

Man sollte es kaum für möglich halten, daß ein Geistlicher in der Reichshauptstadt Berlin und noch dazu ein Hofprediger, in solcher Weise den Herrgott mit der „nationalen“ Politik verquickt. Meint dieser Mann wirklich, er als ein „Diener des Evangeliums“ sei auch eine politische Macht, mit dem Beruf, im Namen des Herrgotts gegen die Sozialdemokratie zu wettern?

Dr. Naumann gibt seiner Empfindung nach der Rede wie folgt Ausdruck: „Es ist draußen vor den Toren des Schlosses wurde. Sinn und Gemüt wieder frei, denn draußen hielt die Sonne eine Strafenpredigt über den Text: „Er läßt seine Sonne aufgehen über die Bösen und über die Guten und läßt regnen über Gerechte und Ungerechte.“ —

So dachte man sich Gott selber. Jetzt aber ist er wohl eingeschriebenes Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie geworden. Die „Presse“ meint, daß der Kaiser von der Faberischen Ungehörigkeit nicht erbaunt gewesen sein werde. Sei er es doch gewesen, der seinerzeit an den Geheimrat Phipps telegraphiert hat: Politische Pastoren sind ein Übel. Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinde kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiele lassen, dieweil sie das gar nichts angeht.“

Genau genommen ist die Rede eine Blasphemie. Nach der christlichen Lehre läßt Gott seine Sonne scheinen über Gerechte und Ungerechte. Er selbst soll die Verkörperung der höchsten Gerechtigkeit sein. Und doch soll aus den Wahlen die „Stimme Gottes“ sprechen. Wo bleibt aber die Gerechtigkeit, wenn der Mehrheit der Wähler die Würdigkeit der Mandate zufällt? Und wenn die „deutsche Art“ unter besonderer Schutze Gottes stand, warum hat er das „antideutsche“ Zentrum nicht zerschmettert, was von Bülow und seinen Vorgesetzten doch so sehr gewünscht wurde. Solcher verhänglichen Fragen liegen sich gegenüber der Theorie des Herrn Hofpredigers noch viele stellen. Davon ist ihm sehr zu raten, in politischen Dingen den Herrgott lieber aus dem Spiel zu lassen.

Die „Wirkung“ der neuen Handelsverträge macht sich immer unangenehmer bemerkbar. So heißt es z. B. in dem Jahresbericht der Sorauer Handelskammer, dessen Vorsitzender der national-liberale Reichstagsabgeordnete Bahm ist, folgendermaßen:

„Im allgemeinen lag ja das Exportgeschäft im Berichtsjahre gleichfalls günstig, und insbesondere kam uns die gute Konjunktur in dem für unseren Bezirk so wichtigen Nordamerika zu statten. Indessen gestattet die bisherige, überaus reiche Beschäftigung im Inlande keinen sicheren Rückschlus auf den Außenhandel. Erst wenn ein unerwünschter Niedergang der inländischen Konjunktur eintritt, wird sich erweisen lassen, in welchem Maße und nach welchen Richtungen sich unsere Zollverhältnisse zum Auslande verschlechtert haben. So viel steht allerdings schon heute fest, daß die Industrie unseres Bezirkes nicht nur in bezug auf die Einfuhr notwendiger Rohstoffe aus dem Auslande durch den neuen deutschen Zolltarif und dessen Auslegung seitens der Zollbehörde erheblich benachteiligt ist, sondern auch für eine Anzahl von Fabrikaten die Ausfuhrmöglichkeit durch erhöhte Schutzzölle des Auslandes verloren hat.“

Trotzdem die durch den Zolltarif schwer betroffenen Interessenten diese „Wirkung“ kannten, haben sie doch bei den Kammerwahlen 1907 in ihrer Mehrheit zweifellos für die Kandidaten derselben Parteien gestimmt, die z. T. den Zolltarif und die neuen Handelsverträge aus der Taufe gehoben haben.

Rußland.

Das Glend. Im Gouvernement Kasan verkaufen die tatarischen notleidenden Bauern ihre Töchter, um sich vor dem Hungertode zu retten. Wie festgestellt worden, wurde im Dorfe Dauschowo das Mädchen Daska, 19 Jahre alt, für hundert Rubel verkauft; auf der Bahnstation Burnaschewow wurden die Mädchen Bibi Sarau, 18 Jahre alt, für 60 Rubel, Leila Weyer, 22 Jahre alt, für 60 Rubel, Schamfat, 17 Jahre alt, für 70 Rubel verhandelt. Im Dorfe Eredni Baltai verkaufte man das Mädchen Bibi Alma, 17 Jahre alt, für 100 und Samala Ja für 120 Rubel. Nach Angaben der Väter wurden diese Mädchen von Turkmeneu aufgekauft und nach dem Kaukasus geschickt. Die Not hat eine derartige Höhe erreicht, daß Satorbi und Typhus fast in jedem Dorfe wüten. — Und die russische Regierung ergreift angesichts dieser schrecklichen Zustände absolut keine wirkungsvollen Maßnahmen. Ist eine solche Regierung noch wert, daß sie am Ruder bleibt?

Ein internationaler Skandal. Man schreibt der „Russ. Kov.“ aus Petersburg: Dem General Kaufbars, den der Feldmarschall Kuropatkin als den Hauptschuldigen an der Niederlage bei Mukden bezeichnet, gelang es, in Odessa einen internationalen Skandal hervorzuheben und dadurch Rußland der Türkei gleichzustellen. Aus den Telegrammen aus Odessa erfahren wir, daß die dortigen ausländischen Konsula sich genötigt sahen, eine spezielle Beratung über die bedrohliche Lage abzuhalten. Die Generalstaaten der russischen Hoheit, die von Kaufbars nicht nur gebildet, sondern direkt aufgemuntert werden, riefen einen einstimmigen Protest der dort anwesenden ausländischen Vertreter hervor, die sich an ihre Regierungen mit dem Ersuchen um Intervention wandten. So haben wir es nun erlebt, daß die ungläubliche administrative Taktik und Praxis „des berühmten Strazegen“, des Barons Kaufbars, zur internationalen Herabwürdigung Rußlands führte. Um in einer unserer Städte Ordnung zu schaffen, ist bereits die Einmischung fremder Mächte erforderlich. Einen größeren Skandal kann man sich kaum denken. Es ist ein schlagender Beweis für die unenträglich Willkürherrschaft der Generalgouverneure und für die Notwendigkeit der Wiederherstellung der normalen Ordnung. Die Universität in Odessa mußte geschlossen werden infolge von Mißhandlungen der Studenten seitens der Schwarzen Hundert, die ihren Sönnern in der Person des Generalgouverneurs Baron Kaufbars haben. Aber was bedeutet die Schließung einer Universität? Wegen auch sämtliche Universitäten geschlossen werden — das System ist wichtiger. Wird man aber, nachdem Baron Kaufbars einen internationalen Skandal und diplomatische Unannehmlichkeiten heraufbeschworen hat, ihn nun wenigstens von seinem Amte eines Generalgouverneurs beseitigen? — Das scheint zu geschehen. Wenigstens meldet ein Telegramm aus Petersburg: Infolge der Intervention der ausländischen Diplomatie wird Generalgouverneur Kaufbars aus Odessa abberufen und seinem Nach-

folger der strikte Befehl erteilt werden, der unheilvollen Tätigkeit des Verbandes der echt russischen Leute ein Ende zu machen. — Wir wollen abwarten, ob das zutrifft.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten.“

Berlin, den 25. Februar 1907.

B. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesrat: Reichskanzler Fürst Bülow, Hr. v. Stengel, Graf Posadowsky, v. Tschirsckly, Dernburg, v. Sinen, v. Tirpitz.

Präsident Graf Stolberg berichtet über den Empfang des Präsidiums durch den Kaiser. — Dem Expräsidenten Graf v. Kallenberg wird der Dank des Hauses für ein von ihm gestiftetes Kaiserbild ausgesprochen.

Zu Schriftführern sind gewählt worden: Hr. v. Thünefeld (3., 387 Stimmen), Klmpau (NW., 307 Stimmen), Engelen (3., 307 Stimmen), Pauli (NW., 302 Stimmen), Rogalla von Pleberstein (3., 301 Stimmen), v. Dam (Wirtsch. Vg., 276 Stimmen), Dr. Hermes (ZP., 231 Stimmen), Hagemann (NW., 194 Stimmen). Außerdem erhielten Graf Brudzewo (Wirtsch. Vg.) 193, Fischer (Berlin (ED)) 176 Stimmen.

Ein schleuniger Antrag auf Einstellung des gegen den Abg. v. Chlapow (Chlapowski (Vole)) schwebenden Strafverfahrens wird debattelos angenommen.

Hierauf tritt das Haus in die erste Lesung des Etats ein.

Reichschatzsekretär Hr. v. Stengel (auf der Tribüne vielfach unverständlich) gibt zunächst eine Übersicht über die Staatsjahre 1906/07. Das Staatsjahr 1906 ergab ein Plus von 90 Millionen Mark gegenüber dem Etatsoll. Die Zuckersteuer war daran mit 17 Millionen Mark, die Postverwaltung mit 8 1/2 Millionen Mark beteiligt. Das Ergebnis ist auf Ausgabe-Einschränkungen zurückzuführen, an denen insbesondere Reichssee und Marine beteiligt sind. Soweit die Ergebnisse von 1906 vorliegen, ergibt sich, daß der Etatsatz im allgemeinen auf richtigen Schätzungen beruht. Die Ergebnisse des Vermögens sind befriedigend, sowohl in finanzieller Hinsicht, als auch in Bezug auf den Zweck der Differenzierung. Dagegen ist das Ergebnis der Personenzugabeerträge sehr erheblich hinter den Schätzungen zurückgeblieben. (Lebh. hört, hört! links.) Dies Minderergebnis wird indessen durch das Mehrgewinn der Frachtkundenstempel, der Zigaretten- und der Branntwein ausgaben, das Ergebnis der Automobilsteuer ist noch völlig unklar. Bei den Ausgaben hat sich ein Mehrbedarf von 12 Millionen herausgestellt. Die in fortwährender Steigerung begriffenen Vorschüsse der Post für die Berufsvereine werden im Monat Mai dieses Jahres die Höhe von 184 Millionen Mark erreichen. (Hört, hört! rechts.) Dieses System gerichtet dem ganzen Erwerbsleben und der ganzen Volkswirtschaft zu schweren Schäden (Lebh. Zustimmung rechts), wenn es nicht auch fern liegt, Bedenken gegen die Förderung dieses sozialpolitischen Zwecks zu erheben. Leider ist der Versuch, hier Wandel zu schaffen, an dem Widerstand der großen Mehrheit des Reichstags gescheitert. Es würde schon viel gewonnen sein, wenn die Vorschüsse, statt erst nach 4 bis 5 Monaten, in vierteljährlichen Raten zurückgezahlt würden. — Die Einzelstaaten haben an Überweisungen annähernd die im Etat vorgesehenen Summen erhalten. — Der Etat für 1907 gibt uns die erwünschte Gelegenheit, eine recht erhebliche Besserung unserer finanziellen Verhältnisse zu konstatieren. Wäre die Finanzreform des vorigen Jahres nicht zustande gekommen, so hätte ich nicht gewußt, wie angeht, bei steigenden Mehrausgaben der Reichshaushaltssetat auch nur halbwegs in Ordnung zu halten war. Man bedenke auch die Verpflichtungen, die das Reich für die in Aussicht genommene Witwen- und Waisenversicherung übernommen hat. Trotzdem haben die verbündeten Regierungen vorerst von weiteren Steuervorlagen abgesehen, zumal bei dem Andauern des wirtschaftlichen Aufschwungs vielleicht das Rechnungsjahr 1907 wesentlich günstiger abschließen wird. (Weitere Einzelangaben des Redners bleiben völlig unverständlich.) Da der jetzige Etat zu sehr belastet ist, soll die Regelung der Reichsbeamtengehälter im Jahre 1908 erfolgen. Die Aufnahme einer Anleihe in den Etat von 1907 hat sich leider nicht vermeiden lassen. Wir sind einen gewaltigen Schritt vorwärts gekommen, wenn es auch noch nicht gelungen ist, das gestörte Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben völlig herzustellen. Wir hoffen auf die patriotische Unterstützung des Reichstages.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Die Verzinsung der Reichsschuld legt dem deutschen Volke eine jährliche Last von 136 Millionen Mark auf. In höchst bedauerlicher Weise hat der Schatzsekretär den Beschluß herangelt, den der Reichstag beim Zolltarif über die Witwen- und Waisenversicherung faßte. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Ich muß das unumkehrbar bedauern, als abgesehen von den 48 Millionen Mark für diese Versicherung und von den 50 Millionen für die Invalidenversicherung nur noch ein geringer Betrag im Etat bleibt, der für andere Zwecke verwandt wird, als für Zwecke der Machtstellung des Reiches nach außen. Ich betone das um so ausdrücklich, als der Reichskanzler gegen den vorigen Reichstag den Vorwurf erhoben hat, daß er für das Ansehen und die Machtstellung des Reiches notwendige Mittel nicht bewilligt habe. — Es ist sehr leicht gesagt, daß man den Beamten jetzt nicht mehr geben kann, aber für die unteren und mittleren Beamten ist es sehr schwer, mit ihrem Gehalt auszukommen. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Auch für die direkt für das Reich tätigen Arbeiter muß durch Lohnerhöhungen gesorgt werden. (Zustimmung im Zentrum und bei den Soz.) Der Reichsschatzsekretär beruft sich darauf, daß in der Budgetkommission des vorigen Reichstages anerkannt sei, daß die damals bewilligten Steuern nicht ausreichen. Das hat aber für den neuen Reichstag keine Geltung. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Soz.) Wir sind bei der Prüfung der Bedürfnisfrage vollkommen frei und unabhängig. (Beifall im Zentr.) Ohne die im vorigen Jahre beschlossenen Steuern stünden wir heute vor einem Defizit von 216 Millionen. Die wirtschaftliche Hochkonjunktur ist auf die gesteigerte Kaufkraft des Inlandes zurückzuführen. Das beweist die Richtigkeit der Zolltarifpolitik von 1902. (Lebh. Zust. rechts und im Zentr.) Aber trotz der günstigen Konjunktur ist die größte Vorsicht in den Ausgaben geboten. — Wir freuen uns über die guten Beziehungen mit den auswärtigen Staaten, die die Thronrede konstatierte, und über das Versprechen der Fortführung der sozialen Gesetzgebung. Wir erwarten, daß die Vorlage über die Berufsvereine wieder vorgelegt wird. Noch wichtiger erscheint uns die Einführung von Arbeitskammern. Wir verlangen Erweiterung des Koalitionsrechtes und Ausgestaltung der Tarifgemeinschaften. Neben unseren sozialpolitischen Anträgen werden wir den Toleranztat auch wieder einbringen. Wir wollen Freiheit des religiösen Bekenntnisses für jedermann. (Bravo! im Zentr.) Ferner verlangen wir eine Deklaration der Verfassung dahin, daß Abgeordnete nicht gezwungen werden können, ihr Zeugnis über Dinge abzugeben, die sie als Abgeordnete kennen gelernt haben. — In der inneren Politik läßt das Wort des Reichskanzlers von der Paarung des Konfessionswesens mit dem

liberalen (Heiterk.) auf eine beabsichtigte Schwärzung schließen. In der Thronrede ist eigentlich als einzige Vorlage die Verwirklichung eines Antrages des verstorbenen Kollegen Munkel auf Beschränkung der Majeitätsbeleidigungsklagen vorgesehen. Wir haben nichts dagegen einzunenden, daß dieser Gesetzesentwurf kommt. — Der Reichskanzler hat erklärt, daß die Regierungen keinen Kampf gegen die katholische Religion, sondern volle Gleichberechtigung und volle Gewissensfreiheit wollen. In der Tat gehen aber die Katholiken keine volle Gleichberechtigung. (Sehr wahr! im Zentr.) — Wenn laut Herrn Dr. Müller-Meinungen die Freisinnigen einstimmig für Heeres- und Marineforderungen stimmen werden, so ist nichts dagegen zu sagen. (Heiterk. im Zentr. und v. d. Soz.) — Der Wahlkampf hat gezeigt, daß unsere Macht über unsere Wähler eine sichere ist. Der Reichskanzler hat den nationalen Sinn der National-liberalen gerührt. Auch über die konservative Partei hat er ähnliche Bemerkungen gemacht, doch habe ich keine Veranlassung, auf diese einzugehen. (Abt. u. Ditt.) Wie will der Reichskanzler uns einen Vorwurf machen, die wir an allen großen Gelegenheiten ohne Rücksicht auf Parteinteressen mitgemittelt haben. (Na! Na! und lautes Gelächter links.) Der Wahlkampf hat sich direkt zum Kampfe gegen eine Religionsgemeinschaft erweitert. Dem General v. Liebert und dem Abg. Gleichhoff wurde offizielle Regierungsmittlerung zuteil. Ich bin überzeugt, wäre der Abgeordnete Richter noch am Leben, so würde er verhindert haben, daß Herr Gleichhoff hier seinen Platz einnimmt. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Soz.) Der Flottenverein erhielt für die Wahlagitation einen Betrag von 30 000 Mk. aus der Reichskanzlei, freilich nicht aus amtlichen Mitteln, wie die „Nordd. Allgem. Ztg.“ mitteilt. Woher stammen diese Gelder? Als dem Reichsamt des Innern jene berüchtigten 12 000 Mk. zur Verfügung gestellt wurden, fand dies den schärfsten Tadel des Reichstages und auch der Reichskanzler Graf Bülow erklärte, die Annahme des Geldes nicht billigen zu können. (Hört! Hört! im Zentrum und bei den Soz.) Um so begründeter Anspruch haben wir darauf, zu erfahren, woher die 30 000 Mk. stammen. (Sehr richtig! im Zentr. und bei den Soz.) Große Beachtung verdient auch die Tatsache, daß der Hauptmann Salzer vom Generalstab der Schutzgruppe sich auf ausdrücklichen Wunsch des Oberkommandos dem Flottenverein zur Verfügung gestellt hat. (Lebh. Hört! Hört! im Zentrum und bei den Soz.) Fürst Bülow hat ja auch einmal nach Frankfurt a. M. befohlen, um den Sozialdemokraten Sabor gegen den Demokraten Comemann wählen zu lassen. Aber das Vorgehen des Fürsten Bülow übersteigt doch alles. Es erinnert an die Praktiken Napoleons III. (Lachen bei den Natlib., lebh. Zustimmung im Zentr. und bei den Soz.) Fürst Bülow wirkt dem Zentrum Mißbrauch seiner Machtstellung vor und verlangt dabei, daß er seine bedeutendsten Erfolge gerade der Zentrumspartei verdankt. (Lebh. Beifall im Zentrum, andauernde Lärme rechts.) Als der Reichskanzler so über das Zentrum urteilte, wußte er bereits, daß der Zustand in Südwestafrika so gut wie beendet war. Wir haben für Südwestafrika rund 400 Millionen bewilligt. (Zuruf b. d. Soz.: Leider!) Wir haben auch im Dezember keine Truppen für Südwestafrika verlag. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Herabsetzung der Forderungen zur Bekämpfung des Aufstandes ein halbes Jahr vor der Auflösung erfolgte mit Zustimmung des Reichskanzlers. (Hört! Hört! im Zentrum.) Ich denke, der Reichskanzler nimmt, nachdem er uns so vor dem Auslande herabgesetzt hat, nun Gelegenheit, unsere Ehre öffentlich wieder herzustellen. — Der Kolonialdirektor hat erklärt, daß die Vergrößerung der Bewilligung des Bahnbau von Mai bis November keine nennenswerten Nachteile gebracht hat. (Hört! Hört! im Zentrum.) Die Frage der Farmerentschädigung wollten wir bis zur Beendigung des Krieges offen lassen. Westindien war dabei auch die Erwägung, daß sich unter den Farmern einige befinden sollten, die durch den Krieg Millionär geworden waren. (Hört! Hört! im Zentrum.) Die Reichstagsmajorität hat dem Zentrum, der stärksten Partei des Hauses, den Anspruch auf den ersten Präsidenten verweigert. Die Unabhängigkeit und die Stellung des Präsidenten wird herabgedrückt, wenn eine künstlich zusammengesezte Mehrheit ihn wählt. (Große Lärme rechts.) Wir haben aber diese Tatsache ruhig hingenommen. Der ruhende Pol in der Ersteinmündigen Flucht bleibt der Zentrumsturm. (Bravo im Zentrum.) Wir sind in gleicher Stärke zurückgekehrt. Man wird auf die Dauer eine Politik über unsere Köpfe hinweg nicht führen können. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir werden auch künftig mit allen zusammenwirken, welche mit uns gemeinsam im Geiste einer christlichen Weltanschauung an der Zukunft unseres Volkes arbeiten. (Lebh. andauernder Beifall im Zentrum, Zischen rechts, bei den Natlib. und Freil.)

Passermann (NL): Das Ziel der Auflösung ist erreicht worden. Die Mehrheit vom 13. Dezember hat sich in eine Minderheit verwandelt. Der Wahlkampf hat gegen die Sozialdemokratie entschieden, in einer Weise, die auch uns überraschend war. Das Zentrum hat allerdings gut abgeschnitten; einen Teil der Erfolge verdankt es freilich dem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie. (Zustimmung rechts u. b. d. Nat.-Lib., Gelächter i. Zentr.) Für nationale Fragen ist nunmehr eine konservativ-liberale Mehrheit vorhanden. Die Regierung ist nicht mehr auf die Zentrumstimmen angewiesen. (Bravo rechts u. b. d. Nat.-Lib.) Wir werden also in Zukunft nichts mehr hören von Nebenregierung, caudinales Joch und Hinterregiment. (Bravol b. d. Nat.-Lib. u. d. Freil.) Die ganze Zentrumskritik ist ja nicht für Herrn Roeren verantwortlich zu machen, der u. a. auch vom „Vorwärts“ stark getadelt wurde. Die Neugestaltung des Reichstages mußte in der Umgestaltung des Präsidiums ihren Ausdruck finden. — Die Nichtbewilligung genügender Mittel war der Grund der Reichstagsauflösung vom 13. Dezbr. — Die schwere Kolonialkrise ist jetzt überwunden und wir werden demnächst auch mit der Zurückberufung weiterer Truppen zu rechnen haben. Ein selbständiges Kolonialamt, den Bahnbau Keemanshoop-Kubus und die Bewilligung des Nachtragsetats für Südwestafrika halten wir für dringend erforderlich. Man spricht soviel von dem bishigen Agitation des Flottenvereins. (Stürmisches Gelächter.) Gegenüber dem Zentrumsagitator sind die Agitatoren des Flottenvereins die reinen Waisenknaben. (Bravo! rechts u. b. d. Nat.-Lib., stürm. Gelächter i. Zentr. u. b. d. Soziald.) Der Flottenverein ist ein ganz vorrechtlicher Verein. (Lachen b. d. Soziald. u. i. Zentr.) Eine ganze Reihe Zentrumsherren waren Mitglieder des Vereins. Die vom „Bayerischen Kurier“ veröffentlichten Briefe waren gestohlen. Die als Täter in Frage kommenden beiden Personen befinden sich jetzt im Auslande. Wenn ein national-liberales Blatt etwa die Wahlkorrespondenz des Herrn Müller-Juda veröffentlicht hätte, so würden Sie (z. Zentr.) das auch als Gemeinheit bezeichnen. Dem Kolonialdirektor sind wir für seine aufklärenden Reden dank schuldig. Als kolonialpolitische Flugblätter würden sich vortrefflich die Ausführungen der sozialdemokratischen Abgeordneten Bernstein und Calmer in den „Sozialistischen Monatsheften“ eignen. Calmer meint ganz richtig, die deutschen Kapitalisten könnten nicht zu Hause bleiben. (Beif. u. d. Soz.) Wir sind durchaus für Gewissensfreiheit und Freiheit der Kirche, aber der Toleranztat des Zentrums greift in die Hoheitsrechte des Staates ein. (Widerspruch im Zentr.) Wir National-liberalen haben nirgends die Sozialdemokratie unterstützt. (Abg. v. d. Soz. ruft: In Baden wurde versucht,

Verhandlungen anzuknüpfen) Die badische Parteileitung bestreitet das. Das Zentrum dagegen hat systematisch die sozialdemokratischen Kandidaten gegen unsere unterstützt. Der Wahlausfall hat den Einfluß der Sozialdemokratie zurückgedrängt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Sozialpolitik und die Mittelstandspolitik wieder stärker hervortreten zu lassen. Es ist ein Verdienst des Präsidenten Bülow, keine Unstimmigkeiten usw. eingebracht zu haben. Die Sozialpolitik muß getragen werden von dem weltanschaulichen Geiste des Grafen Koslowski. Leider war die Vorgabe über die Verfassungsverträge mit den engstirnigen Anschauungen der preussischen Ministerien verknüpft. Freilich darf die Sozialpolitik nicht einseitig die Industriearbeiter begünstigen, sondern muß auch den Mittelstand schützen. (Sehr richtig! rechts und bei den Natl.) Die nationalliberale Partei steht entschieden auf dem Boden des jetzigen Reichstagswahlrechts; Gegner dieses Wahlrechts haben keinen Raum in ihren Reihen. Das Vereins- und Versammlungsrecht, so wie das Strafrecht müssen freilich reformiert werden. Die ausländische Presse hat auf einen großen Sieg der Sozialdemokratie gehofft und sieht sich jetzt enttäuscht. Wenn übrigens die sozialdemokratische Presse erklärt hat, die Truppen in Südwestafrika würden nur zurückgehalten, um sie gegen die Engländer zu verwenden, so muß das im Auslande Mißtrauen gegen Deutschland erwecken, wenn man sich auch sagen muß, daß die Truppen dazu kaum genügen würden. Die Wahlen haben eine erfreuliche Ausdehnung des sozialpolitischen Interesses zur Früherhebung gebracht. Die nationalen Arbeiter sind zum ersten Mal mit großer Energie in der politischen Arena erschienen und das Erwachen des Bürgertums hat der Sozialdemokratie alte Hochburgen entziffen. Wenn sie trotzdem einen Zuwachs erzielt hat, so bedeutet das eine Aufforderung an das Bürgertum, nicht zu erlahmen in seinem Patriotismus. Ebenfalls ist der Glaube an das unaufhaltsame Aufsteigen der Sozialdemokratie dahin. (Wiederholung v. d. Sez. Sehr richtig! rechts und bei den Natl.)

Reichskanzler Fürst Bülow: Meine Stellung zur Zentrumspartei ist von verschiedenen Seiten zur Sprache gebracht worden. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich lange und ehrlich bestrebt gewesen bin, die Zentrumspartei für die großen Aufgaben unserer nationalen Politik zu gewinnen. Ich hatte keine andere Möglichkeit, fruchtbarer innere Politik zu machen. Ich, mit der Mehrheit aus Zentrum und Sozialdemokratie konnte ich keine Politik machen. (Sehr gut! rechts und bei den Natl.) Auch mit anderen Parteien bildete das Zentrum eine Mehrheit. Ich bin bestrebt gewesen, mit dieser Mehrheit die inneren Aufgaben des Reiches zu lösen. Auf diese Weise habe ich den Ausbau der Flotte, den Zolltarif, die Handelsverträge, die Zollerkonvention, die Reichsfinanzreform ermöglicht. Aber ein Zusammengehen mit jeder Partei hat eine bestimmte Grenze. Ich gehe mit jeder Partei, welche die Prinzipien achtet, ohne welche das deutsche Volk nicht leben und atmen kann. In diesem Punkte aber hört bei mir die Gemütslichkeit auf. Die Macht einer Partei wird zu einer Gefahr und einer Plage, wenn sie mißbraucht wird. Das Zentrum hat seine ansichtsgebende Stellung nicht mit dem Maß von Besonnenheit und Selbstbeherrschung benutzt, die die Vorbedingung dauernden Einflusses ist. (Sehr richtig! rechts, v. d. Natl. und bei den Freijüngern.)

(Schluß in der Beilage.)

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 26. Februar.

Zugung von Tischlern, Drechselern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten. Die Streikleitung.

Die Klagen gegen die Sozialdemokratie, die von Seiten des Reichsverleumdungsverbandes durch die geistig beschränkte Presse des Spießbürgerturns verbreitet werden, wehren sich wieder. Unser Amtsblatt, dessen Weisheit nicht zum wenigsten aus der großen Berliner Klotze stammt, leistet sich gestern Abend wieder einen Artikel, der so bodenlos gemein ist, wie der niedrigste Satz gegen die Sozialdemokratie ihn nur gebären konnte. Es heißt in demselben:

„Eine Verschärfung des Klassenkampfes hatte in der Donnerstagstagsung des Inhaftierten Laubtags auch der Abg. Weis, den das Vertrauen der Wähler von Brandenburg, Westhavelland aus dem Reichstage hinausgewählt hat, angekündigt. In der Antwort darauf verbreitete sich der Staatsminister v. Dallwig über den Terrorismus, den nach berühmten Mustern die Sozialdemokraten im Wahlkreise Dessau-Jerbst gegen andere denkende Arbeiter geübt haben.“

Ein geradezu schreckliches Beispiel dafür, welche Folgen die Verheerung der Arbeiter durch die Sozialdemokratie haben könne, sei, so führte der Minister unter stürmischem Beifall aus, der in Kleinmühlau verübte schandliche Mord, wobei ein braver deutscher Arbeiter unter dem Messer eines Mordbothen sein Leben lassen mußte, weil er bekannte, daß er einem bürgerlichen Abgeordneten, und zwar einem linksliberalen (es handelt sich um den Abg. Schrader), seine Stimme gegeben hatte. Der Mörder werde ja seiner Strafe nicht entgehen, aber das sei nur eine ungenügende Sühne, weil die geistigen Urheber dieser bestialischen Tat frei ausgehen.“ Mit den Waffen des Mörders kämpft man auf sozialdemokratischer Seite gegen einen Arbeiter, der sich die Freiheit seiner Überzeugung nicht nehmen ließ. Und Weis hatte kein Wort des Tadelns gegen jenen Mörder. Gewiß! Warum soll er denn den weißen Raben markieren und sich dadurch den Schein verdächtig machen? Und hatte der Minister nicht deutlich auf die geistigen Urheber des Mordes hingewiesen und ist nicht Weis Leiter des sozialdemokratischen Blattes in Dessau, aus dessen Gehäufelten jener Mörder vielleicht entnommen hat, daß seine Tat höherer Ortes wohlgefällig sein würde? Warum sollte also Weis zu einem Hiebe anhalten, der ihn möglicherweise selbst hätte treffen können? Mit einer solchen Partei kann auf die Dauer ein ehrlicher deutscher Arbeiter nichts zu tun haben wollen.“

Fürwahr ein trauriger Kerl, der im Amtsblatt seinen Lesern derartiges vorzulegen mag, obwohl er wissen muß, daß Weis die Tat auf das schärfste verurteilt hat, und daß der Mörder mit der Sozialdemokratie nichts zu tun hat. Aber es gilt der Sozialdemokratie ein auszuweisen und da ist ein jeder Gallustreich ein erlaubtes Mittel. Was Weis auf die Unschuldigung des Staatsministers geantwortet hat, unterschlägt das Amtsblatt; es würde ihm nämlich das ganze Kartenhaus der Lage über den Haufen werfen. Nach dem Berichte des „Volksblattes für Anhalt“ hat Weis zu der Angelegenheit ausgeführt:

„Der Herr Minister kam auch auf die Tat in Mühlau zu sprechen. Dieselbe ist noch nicht aufgeklärt; das Gericht hat noch nicht gesprochen. Ich verleihe nicht, wie der Staatsminister es angeht dessen fertig bringt,

hier schon vor dem Lande sein Urteil abzugeben. Hätte ich es umgekehrt getan über eine Tat, die etwa in anderer Weise gegen die Regierung zu verwerten wäre, dann dürfte ich wahrscheinlich den Vorwurf erwarten, ich hätte, ehe das Gericht gesprochen, schon meinerseits mir eine solche Qualifizierung erlaubt. Ich glaube, es steht auch einem Minister an, in dieser Beziehung erst den Verlauf der gerichtlichen Verhandlung abzuwarten. Der Mörder Galbiersch steht uns als Partei absolut fern; er hat zu unserer Partei nicht gehört, er ist aber das Produkt jener polnischen Erziehung, die da hinten in den polnisch-schlesischen Provinzen der herrschenden Klassen geliebt wird. . . Ich glaube, Sie (oben schon öfter) dürften vor dem Schwurgericht erlebt, wo die Erziehungsfehler der polnisch-schlesischen Magnaten hier vor dem Gericht abgeurteilt worden sind. Wollen Sie daher den Schuldigen finden für diese bestialische Tat, die so ohne Vernehmung verurteilt worden ist, die uns ganz gefühllos einen Menschen vor Augen führt, der vom Stoff komplett verdorben worden ist, der also in seiner alkoholischen Verfeinerung jeder Selbstbeherrschung ermangelt hat, dann meine ich, wenden Sie sich nach Polnisch-Schlesien! Erkundigen Sie sich mal danach, wie es da zugeht! Da ist der Schuldige zu suchen, nicht aber hier in Anhalt. Und wenn der Herr Staatsminister sich sogar gestattet, mit ganz deutlicher Anspielung auf die sogenannten geistigen Urheber solcher Taten zu verweisen, so würde ich mich selbst ja ganz erheblich getroffen fühlen müssen. Herr Minister, daraufhin gebe ich Ihnen nicht die Antwort, die ich deutlich geben sollte, denn auch die würde wieder aus dem Rahmen des parlamentarischen Gebrauchs herausfallen! Aber das kann ich Ihnen sagen, es hat hier in Dessau schon mal einen Stadtrat gegeben, der hat in öffentlicher Verhandlung zugestanden, daß die Dessauer Arbeiterschaft sich auszeichnete durch ihre geradezu musterhafte Haltung und ebenso hat in Brandenburg der Magistrat eines Tages für die geradezu musterhafte Haltung der brandenburgischen Arbeiterschaft ein öffentliches Zeugnis abgelegt.“

Das ist die Antwort des Genossen Weis, und da mag jener journalistische Schmutzstink zu behaupten, Weis und unser sozialdemokratisches Bruderorgan seien die geistigen Urheber des Mordes. Daß der Bursche diese Antwort kennen muß, ist selbstverständlich, denn sonst hätte er es sich ja einfach aus den Fingern saugen müssen, daß Weis kein Wort des Tadelns gefunden habe. Und mit solchem Pakt muß man sich herumschlagen!

Zum Tischlerstreik bringt das Amtsblatt in seiner am Sonnabend erschienenen Abendausgabe einen längeren Artikel, in dem längt widerlegte unwahre Behauptungen nochmals aufgestellt werden. Bekanntlich bilden sich manche Leute ein, klagen werden dadurch zur Wahrheit, daß man sie öfter aufzischt. Damit vermag man jedoch nur Tumme zu täuschen. Wir würden von dem ganzen Geschreibsel überhaupt keine Notiz genommen haben, wenn der Schluss desselben nicht wie folgt lautet würde: „Wenn wird man endlich in den Reihen der Arbeiter dazu kommen, die Politik aus dem Spiel zu lassen, und wann wird man sich nicht mehr einschränkunglos in der utopischen Idee verrennen, daß die Sozialdemokratie, die fast alle Streiks durch ihr Auftreten zum Verlust gebracht hat, irgend etwas helfen könnte. Das Gegenteil tritt stets und ständig ein. Bei friedlichen Verhandlungen hat die Arbeiterschaft stets einen größeren Erfolg erzielt als durch kriegerische Aussetzungen unter der Führung der Sozialdemokratie. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind auf alle Fälle auf einander angewiesen, wird das Miteinanderarbeiten gestört, so hat der wirtschaftlich Schwächere — das ist der Arbeitnehmer — zu allermeist den Nachteil davon, das trifft auch in diesem Falle ein, wenn nicht der Verunst Gehör geschenkt wird.“ — Es ist eine direkte Unwahrheit, daß mit dem Kampf der Holzarbeiter die Politik oder die Sozialdemokratie irgend etwas zu tun hat. Es ist ein rein gewerkschaftlicher Kampf, der hier zum Ausstrag kommt, der allerdings die volle Billigung aller aufgeklärten Lübecker Arbeiter und die Unterstützung des „Lübecker Volksboten“ findet. Der Neunstundentag, um den der Streit geführt wird, ist gewiss keine „unfünige“ Forderung, denn in vielen anderen Berufen ist derselbe schon längst zur Einführung gelangt. Auch im Tischlergewerbe besteht anderorts bereits längere Zeit der Neunstundentag. Eine bewußte Lüge ist es ferner, daß die Sozialdemokratie fast alle Streiks durch ihr Auftreten zum Verlust gebracht hat. Sogar das Amtsblatt brachte vor einiger Zeit eine Statistik über den Ausgang der Streiks im Jahre 1905 — es waren die neuesten Angaben der amtlichen Erwerbstätigkeit — aus der hervorging, daß über 60 Proz. sämtlicher Streiks mit ganzem oder teilweisen Erfolg für die Arbeitnehmer geendet haben. Und trotzdem versteigt man sich zu der oben zitierten Lüge. Würden die Unternehmer der Verunst Gehör geschenkt haben und den Holzarbeitern entgegengekommen sein, so wäre der ganze Kampf vermieden worden, und das hätten in erster Linie gerade wir Sozialdemokraten freudig begrüßt. Aber man wollte den Kampf, und nun, da man auf ehrliche Weise die Streikenden nicht niederdängen kann, nimmt man zu Unwahrheiten, Verdrehungen und Verleumdungen seine Zuflucht, um ihnen zu schaden. Wir sind auf Grund unserer Kenntnis von der Sachlage fest überzeugt, daß die Arbeitgeber schon längst den Streit beendet haben würden, wenn der Arbeitgeberverband ihnen das nur gestattet hätte. Aber der Terrorismus jener „Arbeiterfreunde“ zwang sie zur Fortführung eines Kampfes, dessen Beendigung gewiß im Interesse eines für Lübeck wichtigen Gewerbezweiges liegt.

216 russische Auswanderer kamen am Sonntag mit dem Dampfer „Poseidon“ der Hamburg-Amerika-Linie hier an und fuhren, nachdem sie von Fr. Feldmann untersucht worden waren, per Bahn nach Hamburg weiter, um von dort nach Amerika befördert zu werden.

Die Schlachter und die Schweinepreise. Seit einigen Wochen ist besonders für Schweine eine bedeutende Preisermäßigung eingetreten. Das kaufende Publikum hat aber von niedrigen Fleischpreisen noch nichts erfahren, die alten hohen Preise werden weiter geföhrt. Daß dabei die Schlachter die besten Geschäfte machen, ist wohl selbstverständlich. Als die Schweinepreise im Vorjahre so horrend gestiegen waren, wandten sich sowohl die Schlachtermesser als auch die Konsumenten entschieden gegen die Agitatoren, welche das Fleisch verteuerten und dadurch zur Unterernährung der minderbemittelten Bevölkerung beitrugen. Was wir nun bei den Agrariern verurteilen, müssen wir ebenso scharf mißbilligen, wenn es von Seiten der Schlachtermesser beliebt wird. Es ist notwendig, daß das kaufende Publikum bei seinen Schlachtern eine Verbilligung der Schweinefleischpreise verlangt, denn die Schweinepreise sind tatsächlich erheblich gesunken.

Der Arbeiter Martin, welcher am 8. Februar bei Hamberge den Bäckerknecht Adam ermordet haben soll, ist am Sonnabend nachmittag in Gadebusch verhaftet worden.

Das Krematorium wurde Sonntag mittag eingeweiht; allerdings nicht das Lübecker — von dem hört man seit langer

Zeit nicht mehr — sondern dasjenige in unserer Schwesterstadt Bremen.

Töblicher Unglücksfall am Hafen. Der Hafnarbeiter S. Zimmermann, welcher auf dem Dampfer „Neva“ damit beschäftigt war, Eisenbahnschwellen, Stülpers genannt, überzuladen, wurde von einer Heue getroffen und durch den heftigen Stoß gegen die Kaimauer geschleudert. Er muß wohl beunruhigend geworden sein, denn er verlor in den Fluten der Trave, in denen er leider ertrunken ist. Die Leiche hat bisher noch nicht gefunden werden können.

ph. Mehr auf dem Kerpholz. Der am 26. v. Mts. wegen eines, in einer hiesigen Holzbearbeitungsfabrik begangenen Einbruchdiebstahls festgenommene Tischlergeselle hat ein paar Tage vor seiner Festnahme einem Kollegen eine silberne Remontoluhre gestohlen. Er wird sich auch noch dieserhalb zu verantworten haben.

ph. Unterschlagung. Wegen eines auf dem Terrain des Hochofenwerkes beschäftigt gewordenen Erdarbeiter, der für einen Mitarbeiter sich den Wochenlohn auszahlen ließ, das Geld aber nicht an diesen abliefern, wurde Anzeige erstattet.

ph. Wegen Wandverschleppung, Sachbeschädigung und Körperverletzung wurde ein hiesiger Arbeiter zur Anzeige gebracht.

ph. Betrug. Zeitgenossen wurde ein vielfach vorbereiteter Arbeiter er aus Ratusch, der sich dadurch eines Betrages schuldig machte, daß er sich unter Vorpiegelung falscher Tatsachen ein Fahrrad verschaffte, dieses verpfändete und das Geld für sich verbrauchte.

Stadtheater. Aus der Theaterkassette wird uns geschrieben: „Die Ghe“, Sudermanns Schauspiel, wird in der morgigen vollstündigen Vorstellung, wobei jeder Platz 50 Pf. kostet, zu letzten Male gegeben. Die vorzügliche Besetzung läßt einen genügenden Abend erwarten. Vielseitigen Wünschen zufolge stellt sich die Direktion veranlaßt, Waagners „Lauhäuser“ noch einmal zu wiederholen. Die Oper wird daher am Donnerstag in guter Besetzung der Hauptpartien in Szene gehen. Freitag wird die Operette „Die Wuppe“ aufgeführt. Die nächste Aufführung von „Susarenfieber“ findet am Sonntag statt. Für die Sonnabend-Klassiker-Vorstellung wird „Göz von Berlichingen“ einstudiert.

e. Storkesdorf. Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins werden ersucht, am heutigen Dienstag in der Versammlung recht zahlreich zu erscheinen, da der Herr Pastor in Verhandlungssachen ein Solo verspielt hat. Näheres in der Versammlung.

Vauenburg. Protest gegen die Wahl des Reichstagsabgeordneten Dr. Gedscher wollen die Deutsch-Sozialen wegen angeblich vorgemommener Wahlunregelmäßigkeiten einlegen.

Gdelsat. Großfeuer. Freitag Abend ist der in Weierhelmsbüten belegene Hof des Herrn Weich in Abwesenheit des Besitzers gänzlich abgebrannt. Leider sind bei diesem Brande 33 Stück Vieh und 7 Pferde verbrannt. Aber die Entstehung des Feuers ist bisher noch nichts bekannt.

Mitrow i. M. Zwei Personen ertrunken. In dem Dorfe Starow brachen der Maurer Wasimund und seine Frau, die von dem noch mit Eis bedeckten dortigen See Schiff als Viehstreu holen wollten, ein und ertranken. Ein unerwachsene Kinder betrauern den Tod der Eltern.

Kiel. Der Verein Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverleger stellte, gemäß einem Hauptversammlungsbeschluß, beim Vorstande des Vereins deutscher Zeitungsverleger den Antrag, bei den gelegentlichen Körperlichkeiten dahin vorzustellen zu werden, daß gegen jede Abonnementversicherung durch Zeitungen gesetzliche Bestimmungen erlassen werden.

Bremervaden. Opfer der See. Von dem von der See hierher zurückgekehrten Fischdampfer „Magdeburg“ sind auf der Heimfahrt ein Regmacher und zwei Matrosen über Bord geschlagen und ertrunken.

Ottensen. Eine furchtbare Bluttat hat sich in der Sonntag-Nacht in der Fischers-Allee abgespielt. Dort wohnte eine Witwe Seelinger mit ihren Kindern. Als der 21 Jahre alte Sohn nachts in Begleitung seiner etwas jüngeren Schwester von einer Vergnügungsfeier zurückkehrte, fanden sie vor der Haustür einen unbekannt, anscheinend betrunkenen Menschen liegen. Der junge Seelinger rüttelte ihn und forderte ihn auf, sich zu entfernen. Darüber geriet der Mensch derart in Wut, daß er aufsprang und dem Seelinger ein dolchartiges Messer tief in die Brust stieß, sodas der Gestochene laut röhelnd blutüberströmt zusammenbrach. Auf das Geschrei der Schwester und der Mutter, die inzwischen aufgewacht und ans Fenster geeilt war, kam ein Schuhmann herbei, der sofort die Verfolgung des Täters aufnahm. Dieser ist aber leider in der Dunkelheit entkommen.

Aus Nah und Fern.

Ein glänzender Kriegervereinsredner, ein Agitator der nationalen Sache, sah in Nordhausen vor dem Schwurgericht in der Person des Gerichtsekretärs Wenzel aus Bleicherode auf der Anklagebank. Der Herr hatte sich an Mündelgeldern vergreifen, Urkunden gefälscht und zahlreiche andere Schwandeleien begangen. Nur kann nicht der Beweggrund zu den Verbrechen gewesen sein, denn er erhielt 2100 Mk. Anfangsgehalt und zur Zeit der Begehung der Straftaten sogar 3200 Mk. — also anfänglich doppelt, zuletzt sogar dreimal so viel wie ein Nordhäuser Volksschullehrer. Aber eine Erklärung gibt der Verlauf der Verhandlung. Die Sucht des Angeklagten, nach oben hin aufzufallen, eine Rolle in den Kriegervereinen zu spielen, wo mit oberflächlichen, gehaltlosen Phrasen ja auch leicht Gebiet zu erobern ist, besonders wenn man auf die „vaterlandstosenden Geistes“ schimpft, auf die hekerische Tätigkeit sozialdemokratischer Agitatoren, die die Arbeiter unzufrieden machen, hinwegweist — da kann es an Glimt nicht fehlen. Diese öde, jede Urteilsfähigkeit erdönde, geistlose Atmosphäre; diese irriden Saufgelagen sich äußernde sticlige Luft der Kriegervereinsvereine ist eine gefährliche Umgebung selbst für charaktervollere Personen als es der Herr Wenzel zu sein schien. Aber ein Zeuge erklärte: Wenzel sei als Mensch brav und gut gewesen, er sei von Königstrauene, Vaterlandsliebe und Gottvertrauen besetzt gewesen und habe für den Kriegerverein in hervorragender Weise gewirkt. Er habe diesen in die Höhe gebracht und viele neue Mitglieder um das Banner geschafft. Seine Ansprachen seien tadellos gewesen. Und das Gericht richtete sich nicht nach seinen Worten, sondern wertete seine Taten — nämlich mit fünf Jahren Gefängnis.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Böwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: T. H. S. Verlag. Druck: Fr. F. Meyer. So. Sämtlich in Lübeck.

Montag abend entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann, unseres Kindes trennender Vater

Hermann Wulff

Im fast vollendeten 28. Lebensjahre.
Tief betrauert und kann nicht vernimmt von den Seinen.

Luise Wulff, geb. Maas.
Nüchtingstraße 27.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. März, vormittags 11 1/2 Uhr, von der Kapelle (Burgtor) aus statt.

Begleit der Leiche 11 1/4 Uhr.

Ein Logis zu vermieten

Lindenstraße 17 a, 1.

Gesucht zum 1. April freundliche Zweizimmerwohnung

Segebergstraße 19.

Gesucht zum 1. April eine Wohnung im Preise von 200—230 Mk.

Off. u. G. K. 82 an die Exped. d. Bl.

Ein fast neuer Damen-Waagen-Anzug zu vermieten

Warenderstraße 3.

Gesucht zu Ostern oder später ein Lehrling unter günstigen Bedingungen.

Schuhmacherei von Herrn Beckmann, Meiserstraße 6.

Gesucht ein Schmiedelehrling.

J. Kahl, Klockstraße 17.

Ein Simswagen mit Nickelbeschlag, 1 Wk.

Mittelstraße 15, 1.

Ein Kinderwagen, gut erhalten, zu verkaufen

Mittelstraße 4, part.

Umständehalber ein neues komplettes englisches Schlafzimmer billig zu verkaufen

Dornstraße 37, II.

Ein Kinderwagen preiswert zu verkaufen

Brieststraße 13, I.

Ein Kinderwagen mit Gummireifen billig zu verkaufen

Mittelstraße 29.

Eine goldene Damenuhr billig zu verkaufen

Nüchtingstraße 4.

Leere Kisten zu verkaufen

Hafenburger Allee 48.

Zu verkaufen ein guterhaltener Kinderwagen mit Gummireifen

Segebergstraße 1.

Kleines Haus im Gang mit 150 Mk. Wk., billig zu verkaufen.

Näheres Debenau 5, 1.

Ein guterhaltener Kinderwagen, Prinzessform, mit Gummireifen u. ein Gefellentoffer billig zu verkaufen.

Watenhauer 3, II.

Zugelassen ein weißer Hund mit gelben Flecken (Terrier). Abzuholen gegen Erstattung der Kosten

Storinstraße 25, II.

Für die Schäden meiner Frau habe ich nicht.

W. Hein.

Bringe meinen Koffer und Feinzer-Salon in freundliche Erinnerung.

Aufmerksame und laubere Bedienung.

H. Hannemann, Mühlenstraße 8.

Van den Bergh's Margarine

„Frauenstolz“

— hochfeine Spezialmarke —

per Pfund 80 Pfg.

ersetzt feinsten Butter.

Zu haben bei:

H. Clasen, Heinrichstraße 14.

f. Salzheringe

f. saure Heringe

f. Bratheringe

f. Rollmops

empfehlen

Rud. Fromm

Hafenburger Allee 25.

Konfirmanden-Anzüge

7.50, 8.75, 10.—, 11.50, 14.—, 17 bis 24 Mk.

Alle besseren Anzüge sind auf Hochhaar gearbeitet.

Garantie für tadellosen Sitz.

Konfirmanden-Jackets

3, 3.75, 4.50, 6, 7.50, 8.50, 10 bis 12.50 Mk.

Nur neue diesjährige Sachen.

Lehrlings-Ausrüstungen

für Maurer, Zimmerleute, Schlosser, Maler etc.

Wir führen hierin die richtigen Qualitäten und Fassons.

Kleiderstoffe, schwarz u. farbig. Meter 80, 95 Pfg., 1.20, 1.45, 1.60 bis 3.50 Mark.

Nur prima Stoffe und besonders schöne Farben.

Weisse Piqué- und Shirting-Unterröcke

1.15, 1.35, 1.60, 1.90, 2.40, 2.70, 3 bis 7 Mark.

Korsetts in allen Weiten. 50 Pfg. bis 3.60 Mk.

Glacé-Handschuhe, 1.20, 1.50, 1.80 Mk.

Konfirmanden-Hüte, -Wäsche, -Krawatten

in grosser Auswahl

Ein grosser Posten Gardinen

Meter 20, 25, 30, 38, 45, 60, 80—135 Pfg.

Besonders aufmerksam machen wir noch auf unser

Betten-Abteilung.

Prima federdichte Inletts

Meter 38, 50, 60, 75 Pfg., 1, 1.25, 1.50—3.40 Mk.

Prima staubfreie Federn

Pfund 50, 60, 75 Pfg., 1, 1.25, 1.70, 2—4 Mk.

Nähen der Inletts gratis.

Trotz der billigen Preise rote Hubeca-Marken.

Bahr & Umlandt

31 Breitestrasse 31.

Mittwoch nachmittag von 3—5 Uhr:

Grösseren Posten

Ochsenmarkknochen, sowie **Abfall-Fleisch,**

das Pfund 10 Pfg.

Kalbsknochen, mit ziemlich viel Fleisch

das Pfund 7 Pfg.

Schnauzen und Pfoten,

das Pfund 25 Pfg.

Verkauft nur in der Fabrik **Beim Rethteich 14.**

Thüringer

Wurst- u. Fleischkonserven-Fabrik

August Scheere.

➔ Versand auch nach auswärts gegen Nachnahme. ➔

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder - Versammlung

am Mittwoch, den 27. ds. Mts.

abends 8 1/2 Uhr

im „Vereinshaus“, **Johannisstrasse 50—52.**

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur achten Generalversammlung in München, sowie Wahl von Kandidaten zu derselben.
2. Kartellbericht. 3. Verschiedenes.

Mitglieder, welche gewillt sind, die Wahl als Vertreter zur Ortskrankenkasse anzunehmen, werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Louis Dellen Nachflgr.

Inh.: Adolf Heyde.

Wein, Spirituosen.

Destillation, Likörfabrik.

Rote Rabattmarken.

Fernsprecher 1515. Große Burgstraße 39.

Gegründet 1862.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton

per 100 Stück von 1 Mk. an.

Die Druckerei des Lhb. Volksboten

Johannisstraße 46.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.

H. Schreiber, Breitestr. 24

Gute Zigarren 100 Stk. 2.90 u. 3.50 Mk.

Johannisstraße 17/19.

Bilder aus Lübeck's Vergangenheit

Von Theodor Schwarz.

Preis: Broschiert Mk. 4.—, in Leinwand gebd. Mk. 5.—, oder in 20 Lieferungen à 20 Pfg.

Friedr. Meyer & Co.

Buchhandlung und Buchdrucker.

Johannisstraße 50.

Achtung! Konsumverein

für Lübeck und Umgegend.

Alle Mitglieder und Freunde unseres Vereins, welche für die weitere Ausbreitung desselben mitarbeiten wollen, werden gebeten, sich am **Donnerstag, den 28. Februar, abends von 7 Uhr ab, im Restaurant des Herrn Dieck, Marlstraße, Agitationsmaterial zwecks Verbreitung abzuholen.**

Der Vorstand.

Achtung Maurer!

Mitglieder-Versammlung

der Zentralkrankenkasse Grundstein zur Einigkeit

am Mittwoch, den 27. Febr.

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, **Johannisstraße 46—52.**

Tages-Ordnung:

1. Wahlenwahl.

2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Panorama

Breitestr. 53, 1. Etg.

Mittelmeer-Reise

der kaiserl. Majestäten

Neapel, Pompeji, Palermo.

Hansa-Theater

Nur noch 2 Tage

das phänomenale Programm

Gabaret-Sängerin (Smit.)

Man de Wirth

Montrose Troupe usw,

Borbeck, bei Sager und Kalbel.

Stadt-Theater.

Direktion: Subw. Borkowski.

Mittwoch, 27. Februar. 8 Uhr.

Große vollständige Vorstellung.

Jeder Platz 50 Pfg.

Zum letzten Male:

Die Ehre.

Schauspiel in 4 Akten von Sudermann.

Donnerstag: **Tannhäuser.**

Freitag: **Die Puppe.**

Deutscher Reichstag.

Originaldruck des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 26. Februar 1907.

2. Sitzung. Mittw. 1 Uhr.

(Schluß aus dem Vorblatt.)

Reichstagspräsident fortsetzend: Ich habe die Zehner in der Reichsverwaltung nicht vernächtigt; ich habe alle wirklich vorhandenen Mängel... (Sehr richtig! rechts und bei den Freisinnigen.)

in. (Sehr richtig! rechts und b. d. Natl.) Die Identifizierung der Zentrumspartei mit der katholischen Religion... (Sehr richtig! rechts und bei den Freisinnigen.)

geduldet hat. Ich bitte Sie, an dem Namen unseres Vereines und des Komitees... (Sehr richtig! rechts und bei den Freisinnigen.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Die Strandung des Dampfers „Berlin“.

Die Rettung der Überlebenden ist der Initiative des Kapitäns Specking aus Dankrecht zu danken... (Sehr richtig! rechts und bei den Freisinnigen.)

Der Kunststreiter.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(32. Fortsetzung.) „Nicht möglich, meine Gnädige?“ lachte v. Zühbig. „Ich gebe Ihnen mein Wort, und es ist das Wort eines Mannes...“

„Ich? sonderbare Frage! an diese unerwartete Nachricht — dieser stille Duckmäuser, dieser Graf Geyerstein!“ — „Ja, stille Wasser sind tief, lieber Freund...“

„Nur ein allgemeines, meine Gnädigste, auf Barock; nur ein allgemeines. Herr v. Zühbig wird mir darin Recht geben.“

träufliche Anblick der Lichter von Hoel van Holland wurde uns durch den dichten Schneesturm entzogen. Etwa um 1/2 Uhr morgens hörten wir das Geknatter der Sirene des ankommenden Schweißschiffes der "Berlin", der "Vienna".

Ein Geretteter erzählt, er habe auf einer Leiche gefessen und unter großem Durst gelitten, wiewohl unter Hunger. Alle Frauen nützten um Wasser; man gab ihnen Pfefferminz-tabletten. Erschütternde Szenen spielten sich im Hotel "America" ab.

Zur Frage der Ursache der Katastrophe erklärt die Great Eastern Company die annähernd 1000 Tard breite Einfahrt bei Hoel van Holland für ganz ungefährlich und weist darauf hin, daß während 14 Jahre nicht ein einziger ernstlicher Unfall sich dort ereignet habe.

Soziales und Parteileben.

Ausschluss aus der Partei. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis beschloß sich mit der Angelegenheit Wiesenhalts. Der Vorsitzende der neuen Metallarbeiterorganisation in Berlin, der "Formidler" berichtet über diesen Teil der Verhandlungen: In einer ausgedehnten Debatte führte darauf der Ausschlußpatron Wiesenhalt. Die Schiedskommission hatte den Ausschluß Wiesenhalts befürwortet, weil sie zu der Überzeugung gekommen war, daß W. an der Gründung des neuen "Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes" als treibende Person beteiligt war und damit absichtlich eine Verhinderung in der Metallarbeiterorganisation herbeiführte.

Aus den Organisationen. Unser Karlsruher Parteiporgan berichtet: In Woustan hat man den Genossen August Krohn, der in den letzten Jahren wiederholt im ersten Kreis zum Landtag und zum Reichstag kandidierte und auf den sich noch bei der Reichstagswahl 2565 Stimmen vereinigten, aus dem sozialdemokratischen Verein Konstanz ausgeschlossen. Von 35 abgegebenen Stimmen waren 24 für den Ausschluß, 6 dagegen und 2 Unentschiedene für die Aufnahme. Wir stehen nicht an, den Beschluß als einen vorläufigen zu erklären. Die ihn ge-

faßt haben, waren sich der Tragweite ihrer Abstimmung nicht bewußt. Hatte sich Krohn gegen die Parteiprinzipien vergangen, dann gab es Mittel und Wege genug, um entsprechende Sühne zu erlangen. So aber ignoriert man alle Parteinstanzen und wirft einen Mann aus der Parteiorganisation, der noch vor vier Wochen der Erwählte der sozialdemokratischen Wählerchaft des 1. Kreises war.

Die Bündler im Bunde mit den Eisenberger Wurstfabrikanten. In Eisenberg, wo die Fleischergesellen im harten Kampfe mit den starkbepöppelten Wurstfabrikanten liegen, hat das Gewerkschaftsstatut über die widerhaarigen Fleischermisler den Boykott verhängt und nur einige Metzler den Konsumzenten empfohlen. Darob ergrimmt, haben sich die Wurstfabrikanten mit dem Bund der Landwirte verschworen, an die vom Gewerkschaftsstatut empfohlenen Metzler kein Schlachtwort mehr zu verkaufen. Der Bund der Landwirte meugt sich also in einen Streik, der ihn absolut nichts angeht.

Achtung, deutsche Maschinisten! Aus der Hafenstadt Jauitos (Jaulque) in Peru erhalten wir folgenden Aufruf: Endlich sind auch die Maschinisten in Jauitos zu der Erkenntnis gekommen, daß nur durch eine strenge moderne Vereinigung ihre jetzt fahelhaften werdende Lage verbessert werden kann.

Zeit besonders, außerordentlich eingeschränkt und nur das Allerwichtigste auszugeben hat. Lieber Gott, so etwas kann ja in den Verhältnissen, in denen wir nun einmal leben, kein Geheimnis bleiben und spricht sich aus. Aber was ist das, Sie wollen schon fort?

„Aus Langeweile, wa ch-re, jedenfalls aus Langeweile,“ sagte er, „wie lange hat Geyerstein schon wieder in der Stadt ist, und für eine Frau, die an ein solches Leben, wie das frühere, gewöhnt war, mag es wahrhaftig kein Spaß sein, auf einem Dick in einer quasi Wildnis zu haften.“

„Warum ist sie nicht bei ihrer Kunst geblieben?“

„Das ist mir selbst auch unverständlich,“ versicherte Silberglanz.

„Aber bildlichen ist sie, das muß man ihr lassen,“ versicherte v. Zühbig, „vielleicht nur, um keine Frau damit zu necken. Ich gebe Ihnen mein Wort, Baron, in dem kleinen Morgenhäuschen sah sie rein zum Anbeissen aus“ — und er lächelte dabei auf das Parteeie die Spitzen des dritten Fingers und Damms seiner linken Hand.

„Du bist immer sehr leicht entzündet, mon cher,“ sagte seine Frau, „sie hat ein alltägliches Gesicht und nur hübsche Augen.“

„Was?“ fuhr ihr Gatte erraut nach ihr herum, „Silberglanz, ich bitte Sie um Gottes willen, nehmen Sie meine Partei — Georgine nicht schön? Ich gebe Dir mein Wort, Annelie, sie ist das verführerischste Weib, das ich in meinem Leben gesehen habe — present company, versteht sich, always excepted.“

„Sie hat auch Arbeiter genug gehabt,“ seufzte von Silberglanz, während Frau von Zühbig mit den Achseln zuckte.

„Und über die neuen die alten doch noch nicht vergessen,“ lächelte mit einem bezeichnenden Blick Herr von Zühbig.

„Ich so?“ fragte errötend der Baron.

„Ein andermal,“ beschwichtigte ihn der Juristent, und seine Frau sagte:

„Du bist unaustrücklich heute — aber, liebe Franziska, Sie sprechen ja kein einziges Wort mehr und sitzen da stumm wie ein Fißch; doch natürlich, solches Interesse können wir nicht an der Dame nehmen, wie die beiden Herren da, die nur in der Erinnerung an sie in einer wahren Verzückung schwimmen.“

„Sie um mir Unrecht, gnädige Frau,“ verteidigte sich v. Silberglanz, „aber das Interesse, das wir an einer bestimmten Persönlichkeit nehmen, noch dazu, wenn sie was in solcher Art ins Gedächtnis zurückgerufen wird, ist wohl erklärlich. Fräulein von Zahbern wird ganz meiner Meinung sein.“

„Nun, mein Kind, Geyerstein ist doch nicht so arm!“

gewillt sind, nach Jauitos zu kommen, werden gebeten, die Lohnforderungen der Union Maquinista Jauitos zur Rücksicht zu nehmen. Das Gehalt beträgt pro Monat für erste Maschinisten 80 Pstl., für zweite Maschinisten 20 Pstl. (In deutschem Gelde für erste Maschinisten 600 Mk., für zweite Maschinisten 400 Mk.) Alle Zeitungen, welche die Interessen der organisierten Arbeiter vertreten, werden dringend um Abdruck gebeten. Das internationale Komitee der Maschinisten von Jauitos (Jaulque), Peru.

Aus dem Gerichtssaal.

Vom polnischen Kriegsschauplatz. Probst Niebbal aus Dublin, Kreis Kavität, wurde wegen Vergehen gegen die §§ 130 a und 110 des Strafgesetzbuches zu einem Monat Festungshaft und 200 Mark Geldstrafe verurteilt. 25 Jungen waren geladen. Die Verhandlung dauerte zwölf Stunden.

Aus Nah und Fern.

Eine Familientragödie, die sich im nordböhmisches Jaudnitzer Warndorf abgepielt hat, dürfte, wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Pittau berichtet wird, wohl nie völlig aufgeklärt werden. Der angesehene Textilindustrielle Hermann Pittatich der seine Ehefrau und dann sich selbst erschoss, war ein reicher Mann. Die Ehe war sehr glücklich. Die Tat spielte sich Donnerstag früh im Schlafzimmer der Pittatich gehörigen Villa ab. Mit einem Raubgewehr tötete er etwa 40-jährige Pittatich seine 36 Jahre alte Frau durch einen Schuß in die Brust, und machte dadurch einen Schuß in den Mund seinem Leben ein Ende. Das 5-jährige Töchterchen und der 11-jährige Sohn waren Zeugen der furchtbaren Tat. Der Knabe stürzte sofort aus dem Zimmer und rief Hilfe herbei. Man fand jedoch, als diese kam, die Eltern schon als Leichen vor. Vermutet wird, daß der sonst sehr lebenslustige Pittatich, der seit langer Zeit an Gelenkrheumatismus schwer zu leiden hatte, die Tat in einem plötzlichen Irrsinnsanfall verübte. Bemerkenswert ist auch, daß vor einigen Monaten dem Ehepaar ein 6-jähriger Sohn durch den Tod dahingerafft wurde; diesen Verlust nahmen sich die Eltern sehr zu Herzen.

Zwanzig Mark für die Zurücknahme einer Verleumdung. Man schreibt der „Düsseld. Volksztg.“ aus M. G. L. a. b. a. h. über die Verleumdung, unsere Genossen Bebel und Singer betreffend, von der wir die Tage berichtet und gleichzeitig den „General-Anzeiger“ und „Merkur“ öffentlich aufforderten, diesen gemeinen Schwindel zu widerrufen, haben wir bis jetzt allerdings von einer Nichtigstellung in den beiden Blättern noch nichts bemerkt. Genosse Bauhaus hatte nun an den „General-Anzeiger“ die Erklärung des Genossen Bebel gefandt. Der Aufnahme der fraglichen Entgegnung würde nichts im Wege stehen, wenn die dafür entfallenden Gebühren in Höhe von 20 Mark vorher eingezahlt würden. Also der verehrte „General-Anzeiger“ will allergnädigst geruhen, für die Kleinigkeit von 20 Mark die Verichtigung der von ihm selbst gebrachten Verleumdung aufzunehmen. Wir möchten doch gern einmal wissen, ob der „General-Anzeiger“ für die Erläuterung ebenfalls 20 Mark erhalten hat. Fast scheint es uns so. Für diese Gesellschaft kann man weiter nichts als ein „Kritik“ übrig haben.

Das Vaterland ist gerettet. Auf Antrag der Berliner Staatsanwaltschaft beschlagnahmte die Leipziger Staatsanwaltschaft die Nummer 8 der Marchistenzeitung „Der freie Arbeiter“ wegen militärfeindlicher Artikel.

Güterbahnunglück. Bei Mineral Point auf der Pennsylvania-Bahn entgleitete der New York-Chicago Express. Drei Schlafwagen fielen über den Eisenbahndamm in den Fluß. 29 Personen wurden verletzt, mehrere schwer.

Schneesturz. In Ultranger (Am. Komssdale, Norwegen) sind vier Bauerngüter durch Schneesturz zerstört worden. Alle Gebäude sind fortgerissen worden. Auf einem Gute sind drei Personen getötet, auf einem anderen werden zehn Personen vermißt. Der Viehbestand ist zum Teil umgekommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: T. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“.